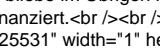




Gesetzliche Krankenversicherung: Prämien sorgen für Transparenz und Kostenverantwortung

Gesetzliche Krankenversicherung: Prämien sorgen für Transparenz und Kostenverantwortung
Ange­si­chts milli­ardensche­rer Rück­la­gen im Ge­sun­de­heits­fonds wird der Ruf nach kassen­in­di­vi­du­el­len Bei­trag­ssät­zen und einer Ab­schaf­fung des Fonds laut. Das Kern­pro­blem wird da­mit aber nicht ge­löst: die lohn­steu­er­ähn­liche Wir­kung der Bei­träge. Zielfüh­ren­der wäre eine Fi­nan­zierung über kassen­in­di­vi­du­elle Zu­sat­z­prä­mien als Ergän­zung zu einem deut­lich nied­ri­ge­ren Bei­trag­ssatz. Mehr als 13 Milli­ar­den Euro Re­serve im Ge­sun­de­heits­fonds, wei­tere 15 Milli­ar­den Euro auf den Kon­ten ein­zel­ner Kas­sen - an­ge­si­chts dieser Rück­la­gen fällt es schwer, einen bun­des­ein­heit­li­chen Bei­trag­ssatz von 15,5 Pro­zent für die ge­setz­li­chen Kran­ken­ver­si­che­run­gen zu rechtfertigen. Doch das Fi­nan­z­mi­nis­te­rium will lie­ber beim Bun­des­zu­schuss sparen, um den Haus­halt zu sanieren. Dieser Ver­such des Fi­nan­z­mi­nis­te­riums ist nicht statthaf­t. Denn den Kas­sen­mit­gliedern bleibt es im Ge­gen­zug wohl­mög­lich ver­wehrt, dass der Bei­trag­ssatz sinkt. De facto wür­den also die ge­setz­lich Ver­si­che­rten Lasten der Haus­halts­kon­solidierung schultern, für die alle Steuer­zah­ler ein­ste­hen sol­lten. Die Rück­kehr zu kassen­in­di­vi­du­el­len Bei­trag­ssät­zen könn­te im­mer­hin das Pro­blem des Ge­sun­de­heits­mi­nis­ters lösen, dass er jene Kran­ken­kas­sen mit sat­ten Ge­win­nen nicht dazu zwin­gen kann, Bei­träge an die Mit­glieder zu­rück­zu­er­stat­ten. Denn wenn AOK und Co. ihre Ver­si­che­rten hal­ten oder neue Mit­glieder ge­win­nen wol­len, dann lohnt es sich mit in­di­vi­du­el­len Bei­trag­ssät­zen nicht länger, Über­schüs­se zu hor­ten. Das Kern­pro­blem der Ge­setz­li­chen Kran­ken­ver­si­che­rung bleibt aber un­ge­löst: Der Bei­trag wür­de nach wie vor als Pro­zent­satz vom Brut­tolohn bzw. der Ren­te er­ho­ben. Weil der in­di­vi­du­elle Bei­trag wie eine Steuer wirkt und vom Lei­stungs­an­spruch ent­koppelt ist, gibt es keine wirksamen An­reize zu mehr Kos­ten­be­wusst­sein und Eigen­ver­ant­wor­tung. Die Lösung ist denk­bar ein­fach: Der Bei­trag­ssatz muss kräftig ge­senkt wer­den. Auf ab­seh­bare Zeit sind dann AOK und Co. ge­zwun­gen, kassen­in­di­vi­du­elle Zu­sat­z­prä­mien zu er­he­ben. Dann müs­sen die Rück­la­gen nicht nur auf­ge­löst wer­den. Sicht­bare Preis­un­ter­schiede in­ten­si­vie­ren auch den Wett­be­werb zwi­schen den Kran­ken­kas­sen. Der not­wen­di­ge So­li­dar­aus­gleich zu­gun­sten ein­kom­mens­schwa­cher Haus­halte bliebe im Übrigen nicht auf der Stre­cke: Er wür­de - treff­si­che­rer, weil er auch die Pri­vat­ver­si­che­rten ins Boot holt - über den all­ge­mei­nen Steuer­haus­halt fi­nan­ziert. Dr. Jochen Pimpertz
Tele­fon: 0221 4981-760


Pressekontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)

50968 Köln

Firmenkontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln)

50968 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position. Es ist unser Auftrag, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse in Politik und Öffentlichkeit zu festigen und zu verbessern. Wir analysieren Fakten, zeigen Trends, ergründen Zusammenhänge ? über die wir die Öffentlichkeit auf vielfältige Weise informieren. Wir forschen nicht im Elfenbeinturm: Unsere Erkenntnisse sollen Diskussionen anstoßen. Unsere Ergebnisse helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Als Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien entwerfen wir für die deutsche Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik die bestmöglichen Strategien und fordern und fördern deren Umsetzung.